

Mehr KönnenInnen sind gefragt

Strategien gegen den Fachkräftemangel

von Oliver Kaczmarek ■ ■

» Nachdem der OECD-Bildungsbericht „Bildung auf einen Blick“ für Deutschland im Vergleich zu den anderen Industrienationen einen akuten Handlungsbedarf zur Sicherung des Fachkräftebestands diagnostiziert hat (vgl. spw 159), gibt es auch in der SPD vielfältige Bestrebungen, das Thema auf der (bildungs-)politischen Agenda nach oben zu setzen. Sowohl Bundestagsfraktion als auch Parteivorstand haben in jüngster Zeit dazu Vorschläge vorgelegt.

Unbestreitbar ist angesichts des insgesamt demografiebedingten Rückgangs der Erwerbspersonenzahl, der Notwendigkeit zur Höherqualifizierung und des wirtschaftlichen Strukturwandels, dass eine Offensive für mehr Bildung für Alle, die auch die Sicherung des Fachkräftebestands im Auge hat, grundlegendes Element einer tragfähigen Wachstumskonstellation ist.

Neben der Bereitstellung weiterer Mittel für das Bildungssystem schlägt die Bundestagsfraktion für den Bereich der beruflichen Bildung die Zusammenfassung von Ausbildungsberufen zu Berufsfamilien, die Reform der Ausbildungs- und Benachteiligtenförderung, mehr Information und Beratung, die Abschaffung der Gebühren für die Kammerprüfung für vollzeitschulische Ausbildungen, die Weiterentwicklung der Einstiegsqualifizierung (EQJ) sowie eine Offensive für MigrantInnen vor. Richtigerweise erhält auch die Forderung nach einem Rechtsanspruch von SchulabgängerInnen auf das Nachholen des Hauptschulabschlusses einen hohen Stellenwert.

Eine zukunftsweisende Strategie sollte weitere Aspekte der Umsetzbarkeit vor Ort beinhalten. Der Vorschlag, auch in den Kommunen „Ausbildungsgipfel“ zu initiieren, geht in die richtige Richtung. Gerade in einer kleinteiligen und regionalwirtschaftlich bezogenen Sichtweise können Steuervorteile liegen. Allerdings müssen für solche Zusammenkünfte verbindliche Rahmen und Aufgaben beschrieben werden, wenn sie Ergebnisse hervorbringen sollen. Regionale Ausbildungskonferenzen müssen über eigene Mittel zur Schwerpunktsetzung verfügen können.

» Daran schließt sich die zentrale Frage der Finanzierung an: Die Bundestagsfraktion stellt in ihrem Papier die Unterfinanzierung des Bildungssystems in Deutschland fest, weicht jedoch der Frage nach der Ausbildungsfinanzierung aus, obwohl der Abbau von Ausbildungsplätzen in den letzten 15 Jahren zum Teil mit Steuermitteln aufgefangen wurde. Trotz Konjunkturaufschwung und Unterstützungsmaßnahmen suchen über 300.000 AltbewerberInnen einen Ausbildungsplatz. Dabei liegt Ausbildung nicht allein im Interesse der SteuerzahlerInnen, sondern auch der privaten und öffentlichen Unternehmen. Der Satz „Wer ausbilden kann, es aber nicht tut, muss zahlen“ bleibt richtig. Auch jenseits der Bundespolitik liegen Chancen und Ideen für eine solidarische Ausbildungsfinanzierung: Warum nicht Bildungsnetzwerke vor Ort vitalisieren und mit privaten und öffentlichen Mitteln ausstatten, in denen verschiedene Akteure gemeinsam über Bildungsziele und -maßnahmen entscheiden? ■



⇨ Oliver Kaczmarek ist Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Unna und Mitglied des SPD-Landesvorstands Nordrhein-Westfalen sowie Mitglied der spw-Redaktion. Er lebt in Kamen.

Foto: privat